

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Renate Künast, Fritz Kuhn
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4771 –**

Für eine Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, dass die Sicherheit des so genannten Forschungsendlagers für leicht- und mittelradioaktiven Atommüll, Asse II, nicht mehr gewährleistet ist. 125 787 Fässer sind durch einsickernde Salzlösung gefährdet. Es besteht die Gefahr, dass Radionuklide herausgelöst werden und Radioaktivität in das Grundwasser gelangen kann. Als Gegenmaßnahmen plant das zuständige Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) die Einbringung gesättigter wässriger Magnesiumchloridlösung, die die Standfestigkeit des Grubengebäudes sichern soll. Anschließend soll das Forschungsendlager geschlossen werden.

Es wird befürchtet, dass die geplanten Maßnahmen die Probleme nicht lösen, sondern das Gefahrenpotential aufgrund physikalischer und chemischer Folgeprozesse noch erhöhen werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, die geplanten Maßnahmen zur Einbringung gesättigter wässriger Magnesiumchloridlösung umgehend zu stoppen, das Grubengebäude zu stabilisieren, Leckagen abzudichten und kontinuierlich Kontrollen durchzuführen. Des Weiteren soll eine Rückholung der atomaren Abfälle erfolgen. Da es sich bei den brisanten Vorgängen nach Auffassung der Antragsteller um ein Endlagerproblem handelt, müssten alle zukünftigen Maßnahmen entsprechend des Atomrechts durchgeführt werden und die Verantwortung für Asse II vom Bundesministerium für Bildung und Forschung auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übergehen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU, SPD, FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4771.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4771 abzulehnen.

Berlin, den 9. März 2009

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Berichterstatter

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Dr. Ernst Dieter Rossmann, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4771** in seiner 91. Sitzung am 29. März 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass die Sicherheit des so genannten Forschungsendlagers für leicht- und mittelradioaktiven Atommüll, Asse II, nicht mehr gewährleistet sei. 125 787 Fässer wären durch einsickernde Salzlösung gefährdet; es bestehe die Gefahr, dass Radionuklide herausgelöst würden und Radioaktivität in das Grundwasser gelangen könnte. Als Gegenmaßnahmen plane das zuständige Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) die Einbringung gesättigter wässriger Magnesiumchloridlösung, um die Standfestigkeit des Grubengebäudes zu sichern. Anschließend solle das Forschungsendlager geschlossen werden.

Es wird von Seiten der Antragsteller befürchtet, dass die geplanten Maßnahmen die Probleme nicht lösen, sondern das Gefahrenpotential aufgrund physikalischer und chemischer Folgeprozesse noch erhöhen werden.

Die Bundesregierung solle daher aufgefordert werden, die geplanten Maßnahmen zur Einbringung gesättigter wässriger Magnesiumchloridlösung umgehend zu stoppen, das Grubengebäude zu stabilisieren, Leckagen abzudichten und kontinuierlich Kontrollen durchzuführen. Des Weiteren solle eine Rückholung der atomaren Abfälle erfolgen. Da es sich bei den brisanten Vorgängen und der Menge des verbrachten radioaktiven Abfalls um ein Endlagerproblem handele, müssten alle zukünftigen Maßnahmen entsprechend des Atomrechts durchgeführt werden und die Verantwortung für die Asse II vom Bundesministerium für Bildung und Forschung auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übergehen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert,

- alle Schritte, die die Öffentlichkeitsbeteiligung nach Atomrecht fordert sowie ein Planfeststellungsverfahren einzuleiten und alle bisherigen Unterlagen zu Asse II öffentlich zugänglich zu machen;
- zu überprüfen, ob die Atomindustrie als Mitverursacher der Endlagerproblematik an der Finanzierung der Problemlösung beteiligt werden kann;
- Lehren aus dem „Forschungsansatz“ Asse II zu ziehen und bei allen zukünftigen Endlagerplanungen ein ergebnisoffenes und transparentes Suchverfahren nach den Prinzipien des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagersuche“ vorzuschalten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4771 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Gegenstand der Beratung war neben dem Antrag auf Drucksache 16/4771 eine „Petition zur Schließung der Schachtanlage Asse II in Remlingen“ auf Ausschussdrucksache 16(18)215.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 20. Juni 2007 ohne Debatte abgestimmt und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4771 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Berlin, den 9. März 2009

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Berichtersteller

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichtersteller

Cornelia Pieper
Berichterstellerin

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstellerin